



27.03.2009

## So nicht Herr Oberbürgermeister!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Anfang Februar wandte sich die ver.di Betriebsgruppe im Städtischen Klinikum in einem Flugblatt mit dem Titel: **Neue Hintergründe im Fall Tamara: „Sonderwirtschaftszonen“ im Städtischen Klinikum Neunkirchen?** an die Beschäftigten.

Der Anlass dieses, auch auf der Internetseite der ver.di Betriebsgruppe veröffentlichten Flugblattes war, dass ver.di im Zusammenhang mit der Kündigung einer Kollegin auf einige Vorgänge aufmerksam wurde, die für uns Anlass zur Sorge und Befürchtung bezüglich der Interessen der Beschäftigten des Klinikums waren.

### Die ver.di Betriebsgruppe hatte festgestellt, dass:

- es im Städtischen Klinikum einen schleichenden Personalabbau gibt,
- dass Leistungen des Klinikums, die bisher durch Beschäftigte des Hauses erbracht wurden, zunehmend durch „Fremdfirmen“ erbracht werden und im Klinikum beschäftigte, ausscheidende Kolleginnen und Kollegen nicht mehr ersetzt wurden und vor allem qualifizierte Arbeitsplätze im Klinikum so abgebaut und dauerhaft vernichtet werden.
- für eine Neubaumaßnahme, die *überwiegend nicht vom Klinikum selbst genutzt werden soll*, nach Aussagen des Neunkircher Oberbürgermeisters gegenüber der Presse, rund 10 Millionen Euro, überwiegend aus den Rücklagen des Hauses investiert werden, während gleichzeitig für *Investitionen in dringend benötigtes Personal* nach Aussagen der Verantwortlichen kein Geld da ist.

### Kommunales Klinikum oder privates „profit-center“?

ver.di hatte die Befürchtung geäußert, dass hier Schritt für Schritt eine Privatisierung wesentlicher Bereiche des Klinikums vollzogen wird, die sowohl zu Lasten der Beschäftigten des Klinikums, wie auch der Beschäftigten der privatisierten Bereiche gehen soll und letztendlich auch zu einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Neunkircher Bevölkerung führen wird.

### Gewerkschaftsfreie Zonen ?

Für ver.di stellte sich hier die Frage, ob damit nicht auch noch ein anderer Zweck verfolgt wird: Zunehmend ArbeitnehmerInnen außerhalb der mit ver.di abgeschlossenen Tarifverträge und ohne Vertretung durch Betriebsräte zu beschäftigen, und so die bisher erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenvertretung zu schwächen.

Und es stellte sich die Frage, ob damit die Klinik für private Investoren übernahmefähig gemacht werden soll.

Auf eine Antwort, auf die aufgeworfenen Befürchtungen und Fragen warten die Beschäftigten bis heute.



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft  
Landesbezirk Saar

## Landesbezirksfachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen



### Statt Antworten – Drohungen ?

Stattdessen wird in einem am 20. März durch die Geschäftsführung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums verteilten Brief des Neunkircher Oberbürgermeisters gleich mehrfach damit gedroht das Klinikum zu verkaufen und ver.di unterstellt das Klinikum und die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu gefährden ?

### Welchen Zweck verfolgen diese Ankündigungen?

- Glaubt der Oberbürgermeister der Stadt Neunkirchen tatsächlich er könne ver.di und die ver.di Betriebsräte dazu bewegen die konsequente Vertretung der Interessen der Beschäftigten unseres Hauses aufzugeben?
- Glaubt der Oberbürgermeister die Beschäftigten des Städtischen Klinikums wüssten nicht, dass die Tatsache, dass sie sich in Bezug auf Löhne, Arbeitszeit und andere sozialen Errungenschaften besser stellen, als ihre Kolleginnen im privaten Gesundheitssektor, sie ausschließlich ihrem eigenen gewerkschaftlichen Engagement, ihren Streiks und Protesten verdanken, und nicht dem Großmut von Oberbürgermeistern und Stadträten?

Wir wissen, dass Oberbürgermeister nicht gerade als Fachleute für gewerkschaftliche Interessenvertretung bekannt sind.

Wir brauchen deshalb von Ihnen auch keine Belehrungen, wie ver.di und seine Betriebsräte ihre Arbeit zu machen haben.

ver.di hat schon immer die Position vertreten: Eine Privatisierung des Klinikums - auch eine scheinweise - wird es mit uns nicht geben!

Und dabei bleiben wir auch!

- ver.di und die in ver.di organisierten Betriebsräte lassen sich nicht davon abbringen, das zu tun was ihre Aufgabe ist – die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten!
- ver.di und die in ver.di organisierten Betriebsräte stehen konsequent für eine solidarische Gesundheitsversorgung als unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge – für die Sicherheit der Arbeitsplätze und des Klinikums.

Wer der Zerschlagung und Privatisierung öffentlicher Dienste Einhalt gebieten will – wer für den Erhalt und Ausbau einer solidarischen öffentlichen Gesundheitsversorgung eintritt, der braucht starke Gewerkschaften.

**Dafür brauchen wir jeden Kollegen und jede Kollegin!  
Deshalb: Jetzt ver.di stark machen – jetzt Mitglied werden!**